

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 43 38. Jg.

23. Oktbr. 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. -- Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheideitz-Leipzig, Augustastraße 8-9

Insertion. Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. -- *Zuschriften an die Expedition erbeten* [Postverlagsort Scheideitz.]

Die Wirtschaft und die Gewerkschaften.

Als im Jahre 1909 zwischen den deutschen Theoretikern des Sozialismus und den Praktikern des Gewerkschaftskampfes der Meinungsaustausch darüber im Gange war, ob die Arbeit der freien Gewerkschaftsbewegung Sisypusarbeit sei oder zu positiven Erfolgen führe, wurde in Wirklichkeit um die Zukunft der deutschen freien Gewerkschaftsbewegung gerungen. Denn wenn hätte anerkannt werden müssen, daß die Gewerkschaften widerstandsfähig gegen die Macht des Kapitalismus sind und nur politische Aktivität diese Macht stürzen kann, wäre es um die Zukunft der freien Gewerkschaften schlecht bestellt gewesen. Daß damals die Gewerkschaften die Sachlage richtiger sahen als jene, die in der Gewerkschaftsarbeit nur Sisypusarbeit erblickten, dürfte heute, nachdem die politische Macht sich nicht als jener Zaubermentel erwiesen hat, der die wirtschaftlichen Verhältnisse explosiv zugunsten der Arbeiter umändert, nicht mehr strittig sein. Vielmehr ist erkannt worden, daß es Voraussetzung der Umgestaltung des sozialen Lebensprozesses im Sinne des Sozialismus ist, daß die Arbeiter die Wirtschaft kennen müssen, um sie zu beherrschen, und daß diese Arbeitsleistung in erster Linie den Gewerkschaften zufällt. Die Gewerkschaften haben daraus auch die Konsequenzen gezogen. Es ist deshalb nur selbstverständlich, daß der 12. Gewerkschaftskongreß zur Frage: „Die Wirtschaft und die Gewerkschaften“ Stellung nahm. Was die beiden Referenten, der Leipziger Professor Hermberg und der Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Jäckel, dazu zu sagen hatten, sei zur Orientierung der Kollegen im Auszug wiedergegeben und die Stellungnahme des Kongresses zu dieser Frage angefügt.

Die Struktur der deutschen Wirtschaft klarzulegen, war Aufgabe des Professor Hermberg. Es war ihm deshalb in erster Linie wichtig, die augenblickliche Wirtschaftssituation in Deutschland aufzuzeigen und den eigentlichen Grund für die mangelnde Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt und die damit verbundene anhaltende Stagnation des deutschen Wirtschaftslebens mit ihren Elendsercheinungen in den breiten Massen zu finden. Nach Hermberg ist vom wirtschaftswissenschaftlichen Standpunkt aus abzulehnen, noch immer alle Wirtschaftsercheinungen unserer Tage fatalistisch als durch Kriegs- und Nachkriegszeit notwendig hinzunehmende Tatsachen aufzufassen. Die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft liegen nicht in der Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung, sondern in der Erschwerung des Absatzes. Schuld daran trage nicht in ausschlaggebendem Maße die politische Machtlosigkeit. Man könne gerade umgekehrt feststellen, daß wir den Stand unseres Vorkriegsabsatzes — bei allgemein vermindertem Absatz — gerade in den Ländern bereits erreicht haben, in denen unser politischer Einfluß am geringsten ist, so in British-Indien, Japan, Persien, in zweiter Reihe auch in China, auf dem amerikanischen Kontinent in Neufundland, Kanada, Ecuador und fast ebenso auch in Mexiko, in Afrika, in Ägypten und British-Westafrika, von europäischen Ländern in Schweden, Finnland und beinahe auch in Holland. Den Vorzug, den wir gegenüber den Konkurrenten in Asien haben, ist gerade, daß wir an der Niederdrückung der erwachenden asiatischen Völker kein politisches Interesse haben.

Die Verteilung der Lasten aus dem Friedensvertrag und dem Dawesgutachten rechtfertigt nicht die Behauptung, daß die deutsche Wirtschaft wehrlos übermächtigen Gewalten preisgegeben sei. Die öffentlichen Ausgaben der Vorkriegszeit betragen 5 Milliarden Mark, die heutigen öffentlichen Ausgaben 11 Milliarden. Wir haben zu untersuchen, ob diese Steigerung eine so ungeheure „Vorbelastung“ der deutschen Wirtschaft darstellt, wie es die Arbeitgeber behaupten, ob aus ihr mit Notwendigkeit die schlechte Lebenshaltung des deutschen Volkes

resultiert. Ein Vergleich mit den entsprechenden Ziffern in England, der Schweiz und den Vereinigten Staaten lehrt, daß dort eine Steigerung der öffentlichen Lasten auf das vier-, drei- bzw. fünffache eingetreten ist. Zu den anderen Posten, die die Unternehmer als ihre angebliche Mehrlast gegenüber der Vorkriegszeit anführen, gehört die soziale Mehrbelastung und die Mehrbelastung durch Frachten. Wir können die Mehrbelastung aus diesen beiden Ursachen auf etwas über eine Milliarde jährlich veranschlagen.

Demgegenüber steht aber ein erhebliches Entlastungskonto durch die Tatsache, daß die deutschen Löhne ungeheuerlich hinter den außerdeutschen zurückgeblieben sind. Bereits vor dem Kriege stand der deutsche Lohn in einem Verhältnis zum englischen und amerikanischen wie 100:134:325 (Berechnungen des englischen Handelsministeriums). Nach dem Kriege hat sich das Verhältnis noch weit mehr verschoben.

Die Geldlöhne der wichtigsten Industrieländer betragen im Verhältnis zur Vorkriegszeit im

England	200 Proz.
Holland	300 Proz.
Dänemark	200 Proz.
Schweden	250 Proz.
Italien	160—200 Proz.
Amerika	250 Proz.

In Deutschland dagegen nach den Zahlen des Statistischen Reichsamts für ungelernete Arbeiter 156 Proz., für gelernete Arbeiter 132 Proz. Selbst nach den Feststellungen der Arbeitgeber beim letzten Bauarbeiterstreik beträgt die Lohnsteigerung der Bauarbeiter, also einer über dem Lohndurchschnitt stehenden Arbeiterkategorie nur 140 bis 180 Proz.

Diese Zahlen besagen, daß die Ersparnis der deutschen Unternehmer an Arbeitslöhnen gegenüber ihren europäischen Konkurrenten durchschnittlich etwa 33 Pf. Stundenlohn für den gelerneten, 20 Pf. für den ungelerneten Arbeiter beträgt. (Die Daweslast von 2 1/2 Milliarden, würde, wenn gleichmäßig auf die erwerbstätige Bevölkerung von 35 Millionen Menschen verteilt, pro Arbeitsstunde etwa 3 Pf. ausmachen). Berechnen wir daraus eine Jahresersparnis von 640 Mark pro Kopf, so ergibt sich bei 13 Millionen Industriebearbeitern eine Gesamtersparnis von 8 Milliarden Mark im Jahr. Selbst wenn wir bei unserer Berechnung Fehlerquellen bis zu 50 Prozent annehmen, so verbleiben doch noch vier Milliarden auf dem Entlastungskonto. Bei einem Vergleich mit dem gefährlichsten Konkurrenten, Amerika, steigt die Summe auf dem Entlastungskonto gar auf 13 Milliarden. Als Ergebnis dieser Untersuchung ist festzustellen, daß die Vorbelastung der deutschen Industrie durch die drei aufgeführten Faktoren völlig aufgewogen wird durch die Ersparnis an Arbeitslöhnen, daß also daraus nicht eine Minderung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber den ausländischen herzuleiten ist.

Als eigentliche Ursache dieser unzweifelhaft bestehenden verminderten Konkurrenzfähigkeit bleibt lediglich technische, organisatorische Rückständigkeit der Betriebe und übermäßig hohe Zinsbelastung.

Es pfeifen heute schon die Späzen von den Dächern, daß die deutsche Industrie gegenüber der amerikanischen und englischen in einem trostlosen Zustande sich befindet.

Die Unternehmer versuchen nun, die Wettbewerbsfähigkeit auf ihre Weise zu erringen. Einmal durch Monopolisierung des Inlandmarktes auf dem Wege der Vertrustung, Kartellierung, Schutzzoll usw.; zum anderen durch Herabsetzung desjenigen Unkostenkontos, das ihnen als einziges im Moment herabsetzbar erscheint: das Lohnkonto. Diese beiden Mittel bedeuten den Versuch des Festhaltens des deutschen Wirtschaftslebens auf seinem ungesundesten Stande.

Aufgabe der Gewerkschaften ist es, das zu verhindern. Sie werden es weniger durch ein Anrennen gegen die Inlandsmonopole erreichen,

als vielmehr durch energische Arbeit auf dem eigentlichen Gebiet der Gewerkschaften: auf dem Gebiete der Lohnpolitik.

Weiter müssen die Gewerkschaften verhindern, daß der Versuch der Vereiwigung des heutigen Zustandes, durch Schlichter unterstützt wird, wie es Schiedssprüche, die auf lange Zeit gefällt werden, bewirken. Ein solcher Schiedsspruch, der heute mit dem Hinweis auf die kommende Preisabbauktion begründet wurde, könne nicht mehr ernst genommen werden. Die Vertrustung auf den Preisabbau setze eine Zuvorsicht der Menschen voraus, die das Normale weit überschreitet.

Die gezeigte gewerkschaftliche Gegenwartsaufgabe fügt sich organisch in den Rahmen gewerkschaftlicher Arbeit überhaupt ein, die im Endziele eine Gestaltung der Wirtschaft durch die Arbeitenden für die Arbeitenden bezweckt.

Von einer Wirtschaftsführung oder einer Beteiligung daran in der heutigen Wirtschaft könne man nicht sprechen, weil das Charakteristikum der heutigen Wirtschaft gerade darin besteht, keine Führung zu haben. Beteiligung an einer Betriebsführung sei noch lange nicht Beteiligung an einer Wirtschaftsführung. Es mag eine Vorstufe dazu sein. Man dürfe hier theoretisch keine Unklarheiten bestehen lassen, die leicht zu verhängnisvollen Zielverschiebungen führen können. Bei Hervorkehrung des falschen Zieles der Betriebsführung könne die Gefahr entstehen, daß die Arbeiterschaft sich nach Branchen getrennt mit widerstreitenden Produzenten-Interessen gegenübertritt.

In einem Schlußteil deutet der Referent noch als weitere wichtige Aufgaben der Gewerkschaften an: vorbereitende Maßnahmen für die Übernahme der Wirtschaftsführung und großzügige Bildungsarbeit. Grundlegend bleibe auch dafür immer der Kampf um den Lohn und der Kampf um die Freizeit zur Ermöglichung jeglicher geistigen Entwicklung.

Das sei das letzten Maßstäben stehende Wertvolle an den Gewerkschaften, daß sie die einzige Wirtschaftsorganisation unserer Zeit seien, deren Ziele nicht engherzige Interessen eines Berufsstandes darstellen. Sie seien die einzige wirtschaftliche Macht im Kampf gegen einen den Menschen zermalmanden Wirtschaftsmechanismus.

Die Schlußfolgerungen aus der wissenschaftlichen Analyse der deutschen Wirtschaft zog Kollege Jäckel, indem er zum Problem „Wirtschaftsdemokratie“ ausführte:

Die fast ewig zu nennende Krise im europäischen Wirtschaftsleben zeige mit aller Deutlichkeit, daß die kapitalistischen Wirtschaftsführer nicht mehr zur Beherrschung des kapitalistischen Betriebes fähig seien. Die Absatzschwierigkeiten insbesondere der deutschen Wirtschaft fordern mit gebieterischer Notwendigkeit eine Steigerung der Arbeitsergiebigkeit. Die deutsche Arbeiterschaft sei aber nicht gewillt, den Leidensweg mechanischer Taylorisierung zu gehen, den die amerikanischen Kollegen gezwungenermaßen gehen mußten. Der Redner sieht einen Ausweg nur in der Steigerung der Persönlichkeitsergien des einzelnen Arbeiters. Niemals könne die aber erfolgen in einem vom Kapitalisten autokratisch beherrschten Betrieb. Sie setzt voraus eine Betriebsführung, die sich zum mindesten auf dem Wege zur Demokratie befindet und auf eine Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im Betriebe neben dem Unternehmer hinstrebt. Solche Gedankengänge seien freilich den deutschen Arbeitgebern im Gegensatz zu nachdenklicheren ausländischen Unternehmern völlig fremd. Sie glauben in ihrer sozialen Rückständigkeit noch immer, mit den Scharfmachermethoden aus den Zeiten Bismarcks und Stumms vorwärtskommen zu können.

Demokratisierung der Wirtschaft bedeute den Bruch mit allen kapitalistischen Prinzipien und sei anzusehen als die Phase des Übergangs zu einer höheren Form der Wirtschaft. Streng genommen, wurde dieser Weg bereits beschrift-

ten durch den ersten Tarifvertrag der deutschen Buchdrucker 1898, wo zum ersten Male das Hausrecht des Unternehmers in der Gestaltung der Arbeitsbedingungen seines Betriebes hinter der Kollektivabmachung zurücktreten mußte. Wir sind seitdem bis zu unserem heutigen Betriebsrätegesetz gekommen, das trotz vieler Unvollkommenheiten uns schon eine Menge Erfahrungen hat sammeln lassen und uns Wege in die Zukunft weist. Daher auch der Haß der Unternehmer gegen die Betriebsräte, daher das Geschrei von ihrer angeblich „wirtschaftsstörenden“ Tätigkeit.

Die fortschreitende Demokratisierung der Wirtschaft kann nur erreicht werden im steten Kampf mit den Unternehmern, sie kann nur das Resultat gesteigerter politischer und intellektueller Macht der Arbeiterschaft sein.

Der Redner geht zu den Bestrebungen der Arbeiterschaft über, durch eigene Betriebe ihre Finanzkraft und die ihrer Organisationen im Klasseninteresse dienstbar zu machen. Er weist auf das starke Interesse hin, das die englische Arbeiterbewegung an der Entwicklung der Konsumgenossenschaften nimmt, und fordert die deutsche Arbeiterschaft auf, dem englischen Beispiel zu folgen. Er berichtet dann über die Erfolge der Bauhüttenbewegung, deren Organisator Dr. Wagner die Schlagfertigkeit der Bauhütten gegenüber dem privaten Baukapital neuerdings weiter erhöht habe. Die Bauhüttenbewegung zeige den Weg, auf dem die Arbeiterschaft sich unabhängig mache vom privaten Baukapital.

Einen weiteren großen Schritt auf dem Wege der Demokratisierung des Wirtschaftslebens führen nach Jäckel die Betriebe der öffentlichen Hand. Der Freistaat Sachsen zum Beispiel sei der erste Staat in der ganzen Welt, der die gesamte Elektrizitätserzeugung seines Hoheitsgebietes auf den Staat übertrug. In den „Sächsischen Werken“ konzentrierte er alle seine öffentlichen Betriebe, die zum Beispiel auch 60 Proz. des gesamten sächsischen Bergbaues umfassen. In Preußen und in Süddeutschland seien ähnliche Erfolge erzielt. Alles in allem genommen bedeute die Errichtung eigener, vom Privatkapital unabhängiger Betriebe, in Verbindung mit den Werken der öffentlichen Hand und im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei im Reich, in den Ländern und, auch in den Gemeinden eine intensive Bearbeitung der Öffentlichkeit zugunsten der gemeinwirtschaftlichen Betriebe. Wenn in der Öffentlichkeit mehr und mehr der Gedanke an Raum gewinne, daß das private Kapital überwindbar sei, daß eine Zeit möglich wäre, in der die Wirtschaft unabhängig von privaten Unternehmern leben könne, so sei das nicht zuletzt ein Erfolg der unermüdeten Tätigkeit der eben genannten Faktoren. Länder und Gemeinden seien heute Arbeitgeber von gigantischer Größe. In ihnen politischer Einfluß zu gewinnen, erscheint als eine der wichtigsten Aufgaben des Augenblicks. Im Besitze der politischen Macht, liege es dann in unserer Hand, mit Hilfe der Werke der öffentlichen Hand die Arbeiterschaft im Sinne einer fortschreitenden Wirtschaftsdemokratie an den Erzeugnissen und Ergebnissen ihrer Arbeit zu beteiligen.

Unsere Forderungen gehen weiter: auf die endgültige Errichtung eines mit maßgebendem Einfluß versehenen Wirtschaftsparlamentes. Der kommende endgültige Reichswirtschaftsrat müsse befreit werden von den Einflüssen der staatlichen Bürokratie. Nur dann könne er aus sich heraus Vorschläge zur Überwindung der Wirtschaftsnot machen. Untersuchungen über die Vorgänge in der Wirtschaft anstellen usw. Wir haben in Deutschland 156 Handelskammern, Wirtschaftskammern der Unternehmer. In ihnen ist unendlich viel Material über die deutsche Wirtschaft gesammelt. Auch die Arbeiterschaft will aus diesem Material lernen. Warum wehren sich die Unternehmer gegen die Einrichtung von Wirtschaftskammern, gegen die paritätische Teilnahme der Arbeiterschaft an der Beratung wirtschaftlicher Vorgänge im Reichswirtschaftsrat, in den Kammern? Sie fürchten den Einfluß und die politische Weitsichtigkeit der Arbeiterschaft. Sie wissen, daß die organisierten Arbeiter mit den Waffen, die eine klare Erkenntnis der Wirtschaftsvorgänge liefern, zu kämpfen wissen.

Die Arbeiterschaft verlangt danach, die betriebstechnischen Probleme eingehend zu erörtern und zu prüfen. Sie will auch Teil haben an einer besseren Ausbildung, wie sie die technischen Anstalten unserer Zeit gewährleisten.

Eine besondere Aufgabe ist die politische Steigerung der politischen Aktivität der Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften dürfen nicht abselbst stehen bei großen politischen Entscheidungen, müssen aber dabei ihre eigene Unabhängigkeit stets voll zu erlangen wissen. Das Ziel läßt sich nur in jahrelanger Arbeit erreichen. Aber der Sieg ist sicher, weil wir wissen, daß Deutschland nur leben kann, wenn seine Arbeiterschaft ein gleichberechtigtes Glied der Wirtschaft und Gesellschaft ist. Der demokra-

tische Staat soll unser Staat sein. Wir wollen ihn wandeln zu einem Staat der sozialen Gerechtigkeit, der sich weiter entwickelt bis zu dem einen Ziel, das wir alle ersehnen, den sozialistischen Staat.

Die Aussprache erhärtete nur, was in den Referaten gesagt worden war. Es kamen deshalb folgende Entschlüsse zur Wirtschaftslage und zur Wirtschaftsdemokratie zur Annahme:

I.

Die privatkapitalistische Entwicklung der Weltwirtschaft hat seit Beendigung des Weltkrieges gewaltige Fortschritte gemacht. In den alten Industrieländern ist der Zusammenschluß großer Wirtschaftszweige zu mächtigen Konzerngebilden vollzogen worden. In anderen Ländern sind ganze Industrien neu entstanden mit dem Ziel, die Wirtschaft des eigenen Landes möglichst unabhängig zu machen von den Wechselkursen der Weltwirtschaft. Selbst jene Staaten Europas und der überseeischen Erdteile, die vor dem Kriege fast reine Agrarwirtschaft trieben oder noch im Anfangsstadium ihrer industriellen Entwicklung standen, haben während und nach dem Kriege einen bedeutenden industriellen Aufschwung genommen. Begünstigt wurde dieser Entwicklungsgang durch die Erfindungen der technischen Wissenschaft und die Anwendung der wissenschaftlichen Betriebslehre. In einer Anzahl Industriezweige der Weltwirtschaft wird jetzt das Vielfache der Vorkriegszeit erzeugt. Infolge dieser Entwicklung haben sich auf den Absatzmärkten der Welt tiefgreifende Veränderungen vollzogen, die dem Welthandel schwierige Aufgaben stellen und neue Bahnen weisen.

Einher mit dieser Entwicklung schreitet infolge der schutzzöllnerischen Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen in allen Ländern eine mehr oder weniger starke Verteuerung des Aufwandes für die Lebenshaltung und dadurch eine Verringerung der Kaufkraft der großen besitzlosen Verbrauchermassen. Mit dem Sinken der Kaufkraft des größten Volksteils entschwindet aber die Aufnahmefähigkeit des eigenen Inlandmarktes. So geraten Gütererzeugung und Gütertausch der Welt durch Verschiebungen und Abriegelungen der einstigen Absatzgebiete und ferner infolge des Niederganges der Inlandmärkte in Stockungen; Wirtschaftskrisen werden Dauerzustand, Arbeitslosigkeit, Not und Elend der werktätigen Bevölkerung sind die Folgen.

Obwohl diese Entwicklung nicht in allen Ländern den gleichen Wirkungsgrad aufweist, ist doch die große allgemeine Linie überall dieselbe. Die Weltwirtschaftslage spitzt sich zu. Das privatkapitalistische Arbeits- und Wirtschaftssystem befindet sich in einer unheilbaren, aus seinem inneren Widerspruch entstandenen Situation. Es beschleunigt das Tempo seiner geschichtsnotwendigen Umgestaltung im Sinne der Gemeinwirtschaft, der handelspolitischen Freiheit und der internationalen Rohstoff- und Arbeitsverteilung.

Das deutsche Unternehmertum steht der gekennzeichneten weltwirtschaftlichen Entwicklung mit ihren völlig veränderten Weltmarktverhältnissen zur Zeit ratlos gegenüber. Die große Mehrheit der Unternehmer hat in den Jahren des Währungsverfalls, da deutsche Erzeugnisse mühelos in der Welt Absatz fanden, die technische Vervollkommenung ihrer Werke und den Ausbau der Betriebsorganisation schwer vernachlässigt. Infolgedessen ist das Problem der Rationalisierung der Arbeit, auf dem die Erfolge der anderen Länder, besonders Amerikas beruhen, in Deutschland und seiner Wirtschaft ungelöst geblieben. Hinzu kommt, daß die immer noch fortbestehende starke Übersetzung des Zwischenhandels große Teile des Produktionsertrages aufzehrt und die Warenpreise noch mehr verteuert. Deshalb begegnen deutsche Waren auf dem Weltmarkt wie im eigenen Lande der siegreichen ausländischen Konkurrenz.

In dieser Lage sucht das Unternehmertum durch Schutzzölle, Kartelle und Konzerne für sich auf dem Inlandmarkt eine Monopolstellung zu schaffen, um die deutschen Preise über die Weltmarktpreise hinaustreiben zu können. Andererseits strebt es zur Wiedererlangung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt danach, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten auf einen im Vergleich mit den Auslandslohnen unerhöht niedrigen Stand festzulegen.

Der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Bestrebungen, die einen hohen Mangel an Einsicht und Verantwortungsgefühl bei den Unternehmern beweisen. Nicht niedrige Löhne und lange Arbeitszeit in Verbindung mit technischer Rückständigkeit, sondern hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, rationelle Produktionsmethoden und Organisation der Wirtschaft geben Gewähr für den wirtschaftlichen Aufstieg und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt. Alle Versuche, den deutschen Markt von der Auslandskonkurrenz abzuschließen und die Löhne der deutschen Arbeiter auf ihren ge-

genwärtigen niedrigen Stand zu binden, sind durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu bekämpfen.

II.

Zur Erfüllung der Aufgaben, die den deutschen Erwerbswirtschaften aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage erwachsen, erachtet der Kongreß die tätige Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften für unerlässlich. Nur durch die Demokratisierung der Wirtschaft neben umfassender Rationalisierung der Arbeit durch betriebsorganisatorische und technische Maßnahmen kann die Lösung der wirtschaftlichen Probleme erfolgen.

Die Gewerkschaften haben seither schon durch die Erkämpfung der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft erfolgreich beschritten. Denn durch den Tarifvertrag ist der Absolutismus des Unternehmers im Betriebe gebrochen worden. Die Tarifverträge müssen durch den Kampf der Gewerkschaften in dieser Richtung weiter vervollkommen und verbessert werden.

Der Kongreß ruft deshalb die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands auf, durch Stärkung der Gewerkschaften die Voraussetzung für die weitere Durchführung der Wirtschaftsdemokratie zu schaffen. Er verpflichtet die angeschlossenen Gewerkschaftsverbände, ihre zentralen, bezirklichen und örtlichen Organe und alle Mitglieder zu intensiver wirtschafts- und sozialpolitischer Tätigkeit in allen in Betracht kommenden Körperschaften des Reiches, der Länder und der Gemeinden; zu energischer Förderung der Arbeiterkonsumgenossenschaften und der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion sowie aller freien, der Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft unterstehenden gemeinwirtschaftlich arbeitenden Erwerbswirtschaften; zu planmäßiger Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen, deren Zweck die intellektuelle Vorbereitung der Arbeiterschaft für die kommende Wirtschaftsdemokratie ist.

Der Kongreß fordert vom Reiche, von den Ländern und den Gemeinden:

1. Volle Durchführung der Anerkennung der Gewerkschaften, die als Sachwalter der Arbeitskraft innerhalb der Wirtschaft gleichberechtigt mit den Unternehmern an dem Wirtschaftsausbau und der Wirtschaftsführung entsprechend dem Wortlaut und Geist des Artikels 165 der Reichsverfassung zu beteiligen sind.

2. Schleunige Umgestaltung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu einem wirklichen und organisch aufgebauten Wirtschaftsparlament; schleunige Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten entsprechend dem Artikel 165 der Reichsverfassung.

3. Schleunige Errichtung paritätischer von Unternehmern und Arbeitern verwalteter Wirtschaftskammern für Industrie, Handel und Verkehr, Handwerk und Landwirtschaft.

4. Errichtung von Selbstverwaltungskörpern nach Artikel 156 der Reichsverfassung für alle Industrien mit zweckmäßiger Gliederung nach Bezirken und Branchen.

5. Einführung einer regelmäßig durchzuführenden Produktionsstatistik sowie wissenschaftlicher Untersuchungen der Wirtschaft und ihrer Zusammenhänge, insbesondere auch über die Ursachen der Wirtschaftskrise. Die Gewerkschaften sind an diesen Aufgaben zu beteiligen.

6. Ermöglichung der Teilnahme von Arbeitern an höheren Bildungsanstalten zum Zwecke der Vermittlung der Wirtschaftswissenschaft in Theorie und Praxis. Subventionierung der von den Gewerkschaften geschaffenen Bildungsstätten.

7. Erhaltung und Mehrung der im Besitze von Reich, Ländern und Gemeinden befindlichen Wirtschaftsbetriebe; systematische Steigerung der Versorgung der Bevölkerung in wichtigen Bedarfsartikeln mit Hilfe solcher öffentlichen, gemeinwirtschaftlich arbeitenden Betriebe.

8. Förderung und Unterstützung freier, auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebauter gemeinwirtschaftlich arbeitender Erwerbswirtschaften.

9. Planmäßige Unterstützung der Konsumgenossenschaften, insbesondere durch Förderung konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion.

10. Eine unter Mitwirkung der Gewerkschaften planmäßig durchgeführte Schulung und Unterricht aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe, besonders der Betriebsräte, über Organisation und Technik der einzelnen Betriebsabteilungen und über die Zusammenhänge der Abteilungen eines Betriebes untereinander, über den Zusammenhang der Betriebe in Konzerngebilden und über die besonderen Aufgaben der einzelnen Betriebe im Rahmen des Konzerns, über etwa bestehende Verbindungen und Zusammenhänge des Konzerns mit anderen Konzerns und über deren Zweck und Nutzen, über Konventionen, Kartelle, Syndikate oder ähnliche Gebilde, ihren Zweck und Inhalt und ihr Wirken.

11. Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte.

Indem der Kongreß diese Forderungen erhebt, betont er ausdrücklich, daß die von der Verfassung versprochene gerechte Wirtschaftsordnung und die verheißene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Wirtschaftsführung eine grundsätzliche Neugestaltung der Wirtschaftsordnung voraussetzt, welche die in der kapitalistischen Tauschwirtschaft in viele Einzelwirtschaften zersplitterten Wirtschaftskräfte einheitlich zusammenfaßt und damit eine Wirtschaftsführung in dem von den Gewerkschaften erstrebten Sinne überhaupt erst ermöglicht.

Der Kongreß erklärt, daß die Führung der deutschen Arbeiterschaft in allen Fragen der Wirtschaft bei den gewerkschaftlichen Organisationsorganen liegen muß. Der ADGB ist das Gewerkschaftsorgan der deutschen Gewerkschaften, dem die einheitliche Vertretung der Gesamtinteressen der Arbeiterschaft obliegt, die gleichbedeutend sind mit den Interessen des großen Teiles des deutschen Volkes.

Der Kongreß ruft die Arbeiterschaft auf zum Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft, die zur Gemeinwirtschaft geführt werden muß, zur praktischen Mitwirkung an den Aufgaben des demokratischen Staates und der demokratischen Gemeinden, zum Kampf um die Erringung maßgebenden Einflusses auf die Gesetzgebung und Verwaltung im Zusammenwirken mit der politischen Vertretung der deutschen Arbeiterklasse. Die politische und die wirtschaftliche Freiheit sind die Voraussetzung für die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterschaft.

Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf.

Daß die Gewerkschaftsbewegung die durch eigenartige Wirtschaftsverhältnisse, unerfüllbare Erwartungen und Bruderkampf erzeugte Krise überstanden hat und wieder im rüstigen Aufsteigen ist, ist keine Frage mehr. Es geht wieder vorwärts und aufwärts! Nicht zuletzt daher kommt es mit, daß die Literatur über die Gewerkschaftsbewegung in letzter Zeit wirklich beachtliche Ergänzung erfahren hat. Da die Aufgaben der Gewerkschaften in neuer Zeit weit über ihren alten Rahmen hinaus gewachsen sind und es gilt, die ideologische Reife der Arbeiterschaft für diese neuen Aufgaben herbeizuführen, soll die neue Gewerkschaftsliteratur in Zukunft in etwas breiteren Rahmen zur Besprechung kommen als es bisher der Fall war, um interessierte Kollegen auf sie aufmerksam zu machen.

„Die Gewerkschaftsbewegung, ihre Soziologie und ihr Kampf“, diesen Titel trägt eine Untersuchung, die Dr. Theodor Cassau, ehemaliger Wirtschaftler des Holzarbeiterverbandes, angestellt und deren Ergebnisse er in Buchform im Verlag von Meyer, Halberstadt, bekanntgegeben hat. Persönlich auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehend, verspricht der Verfasser im Vorwort strengste Objektivität in der Behandlung der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung. Und der Leser findet dieses Versprechen im Verlaufe der Lektüre durchaus gerechtfertigt. Das Buch übt neben der Anerkennung der gewaltigen Leistungen, strenger, aber auch durchaus sachliche Kritik an den bestehenden Unzulänglichkeiten und begangenen Fehlern der Gewerkschaften. Zunächst gibt der Verfasser einen ausführlichen historischen Überblick über Entstehung und Werden der Gewerkschaftsbewegung und die vielfache Unterdrückung durch die Behörden und das Sozialistengesetz. Er zeigt, wie die Machtlosigkeit der bestehenden lokalen Berufsorganisationen naturgemäß zur Bildung von Zentralverbänden drängte. Sehr eingehend befaßt sich das Buch mit dem Verhältnis der freien zu den christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften. Ein weiteres Kapitel zeigt den Organisationsaufbau und behandelt dann auch die Frage des Organisationsprinzips, allerdings in einer, in Anbetracht der Aktualität gerade dieses Problems, unzulänglichen Weise. Sehr interessante Ausführungen macht der Verfasser dann über die Soziologie der Gewerkschaften. Das gewerkschaftliche Bildungsproblem und das Thema „Masse und Führer“ stehen im Vordergrund der Betrachtungen. Der Gedankengang des Verfassers über das Bildungsproblem gipfelt in einer Forderung nach weitgehendsten Bildungsmöglichkeiten, einschließlich der Universitätsbildung für die intelligenten und brauchbaren Kräfte in der Arbeiterschaft. Es gilt, den Unternehmern gegenüber gleichwertige Partner zu stellen, ferner die Beamten der Gewerkschaften in die Lage zu versetzen, sich planmäßig weiter zu bilden, und schließlich in zahlreichen Kleinkursen größtmögliche Bildungsmöglichkeiten für die breite Masse bereit zu stellen. Der Kreis der Arbeiterintellektuellen wird so vergrößert und die traditionelle Abneigung der Arbeiter aus der Werkstatt dem Intellektuellen und Akademiker gegenüber in etwas überbrückt. Wohl sieht der Verfasser auch die Schattenseiten der

Schaffung einer solchen Schicht, die sich aus einer vielfach bessergestellten Lebenslage der einzelnen ergeben. Er schiebt auch bestehende Mißverhältnisse zwischen Masse und Führern diesem Zustand teilweise zu, und vielleicht kann man auch die Frage für die Zukunft aufwerfen, ob der einfache und primitiv denkende Arbeiter diese Differenzierung je verstehen wird.

Das Werk befaßt sich sodann mit den Elementarfragen der Gewerkschaftsbewegung: dem Kampf um Lohn und Arbeitszeit, Streik, Tarifvertrag, Schlichtungswesen, das Lohn- und Arbeitszeitproblem werden in breitem Rahmen, tief-schürfend behandelt.

Der Krieg brachte durch die Burgfriedenspolitik die Anerkennung der Gewerkschaften. Bald wurde es möglich, sich sozialpolitisch zu betätigen. Die Sozialpolitik führte zur Wirtschaftspolitik, und naturgemäß mußten die Gewerkschaften die Wirtschaftspolitik der Demobilisierung übernehmen. Und hier setzen nun die Schwierigkeiten in erhöhtem Maße ein. Die Gewerkschaften waren ein mehr oder minder loses Gefüge von einzelnen Berufsvereinigungen und standen der allmählich durch die Rüstungsindustrie und der nach dem Kriege einsetzenden Konzentration des Kapitals, dank ihrer rückständigen Organisationsform, oft machtlos gegenüber. Aus diesem Grunde erklärt sich das Versagen der Gewerkschaften in mancher Situation, Achtstundentagkampfe, Außenhandelskontrolle u. a. m. Die Idee der Wirtschaftsdemokratie, deren Mittel die Arbeitsgemeinschaft war, ist zusammengebrochen. Der Verfasser hält die Bildung von Industrieverbänden allein nicht für genügend, sondern sieht die Aufgabe der Gewerkschaften in der Hauptsache in der Schaffung eines neuen Wirtschaftsdeals, das die Massen begeistern kann, und fordert als Grundlage dazu eine eigene Theorie der Gewerkschaftsarbeit. Fort von der Tradition, die Lebensfrage für die Gewerkschaften ist Neues und Wirkendes zu vollbringen. Die äußerst lebendige und volkstümliche Schreibweise des Verfassers möge weiteste Kreise der deutschen Arbeiterschaft zum Studium dieses sehr interessanten Werkes anregen. R. Sch. (Solingen).

Osmar Grellmann †.

Wieder ist einer unserer alten, um den Verband verdienstvollen Kollegen eingegangen in jenes Reich, aus dem es kein Zurück mehr gibt. Am 5. Oktober verstarb zu Leipzig der Steindruckerk Osmar Grellmann im Alter von 67 Jahren.

Es sind nicht mehr allzuvielen Kollegen in unserem Verbande, die aus Eigenem Erlebnis darüber berichten können, wie schwer es war, die freie Gewerkschaftsbewegung auf die Beine zu stellen. Kollege Grellmann gehörte zu diesen Kollegen, denn von Anfang an stritt er mit den wenigen Wackern, die ausgangs des Sozialistengesetzes durch Gründung von Fachvereinen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu bessern bemüht waren. Wir finden deshalb auch Osmar Grellmann an der Wiege des Leipziger Fachvereins der Lithographen und Steindrucker, dem er seine ganze Kraft weihen. Als dann 1890 das Sozialistengesetz fiel und der Beschluß des Magdeburger Kongresses auf Gründung einer Zentralorganisation der Lithographen und Steindrucker ausführbar wurde, konzentrierte sich das Leipziger Organisationsleben um die Person des Kollegen Grellmann. Selbstverständlich blieb solches „auführerische“ Tun seitens der Unternehmer nicht ungerochen. Aber der Feuerkopf Grellmann ließ sich dadurch nicht stören. Nun erst recht! Und Grellmanns neue Erwerbsquelle wurde der Zentralpunkt der organisierten Leipziger Lithographen und Steindrucker.

Wo so viel Licht ist, ist natürlich auch Schatten. Auseinandersetzungen brachten es dann mit sich, daß Kollege Grellmann sich mehr und mehr vom Organisationsleben zurückzog. Daher kommt es auch, daß der Name Grellmann den jüngeren so gut wie nicht mehr geläufig ist. Das fortschreitende Alter sowie die schwere Zeit des Krieges und der Inflation zwangen dann Kollegen Grellmann, Invalidenrentner des Verbandes zu werden. Nun ist auch er, der in den Jugendjahren des Verbandes an verantwortlicher Stelle eine scharfe Klinge geführt hat, den Weg alles Irdischen gegangen und unsere Fahnen senken sich an seiner Gräbt. Ein dauerndes, ehrendes Gedenken ist ihm sicher. Denn mit Kollegen Grellmann ist ein Kollege aus dem Leben geschieden, der mit der Gründung unseres Verbandes aufs engste verknüpft war. Wenn der Verstorbene in der letzten Zeit auch nicht mehr öffentlich hervorgetreten ist, so danken wir ihm doch sein Wirken, besonders in den Gründungsjahren unserer Organisation. Osmar Grellmanns Name wird in der Geschichte unseres Verbandes immer seine Bedeutung haben!

Die Privatlithographie und die Gestaltung der Verhältnisse in der Lithographie.

II.

In Ergänzung meines ersten Artikels möchte ich mich heute zu den Maßnahmen äußern, die nach meiner Ansicht ergriffen werden müssen, um den schädlichen Auswirkungen der Privatlithographie zu begegnen.

Anscheinend sind viele Kollegen der irrigen Auffassung, daß, weil im Tarifvertrag auf die Privatlithographie betreffende Bestimmungen enthalten sind, deren Verhältnisse bereits eine Regelung erfahren haben. Es ist schon mehrmals in der „Graphischen Presse“ darauf hingewiesen worden, daß diese Tarifbestimmungen zum großen Teile noch auf dem Papier stehen und das ist auch noch heute der Fall. An diesem Ubelstand sind auch wir mitschuldig. Wir haben versäumt, dieser für das Gesamtgewerbe wichtigen Tarifbestimmung die entsprechende Bedeutung beizumessen.

Betrachten wir den Wortlaut der im § 14 Ziffer 5 des Tarifes enthaltenen Bestimmung, so finden wir, daß Arbeiten nur an solche Privatlithographen vergeben werden dürfen, die den Tarif anerkennen und befolgen. Diese Bestimmung wird von sehr vielen Firmen nicht beachtet und die Arbeiten werden an Privatlithographen vergeben, ohne sich zu vergewissern, ob diese auch in der Liste der tariffreien Privatlithographen verzeichnet und im Besitze der entsprechenden Ausweiskarte sind; wie § 14 Ziffer 5a vorschreibt.

Wir müssen in dieser Beziehung unser tarifliches Kontrollrecht mehr wie bisher in Anwendung bringen. Wir müssen versuchen festzustellen, ob die auftragvergebenden Firmen in formeller Beziehung § 14 Ziffer 5 und 5a entsprechen. Sind die Formalitäten erfüllt, so ist doch noch keine Garantie dafür gegeben, daß die Arbeiten unter Beachtung der Tarifbestimmungen, soweit diese das Arbeitsverhältnis betreffen und regeln; auch ausgeführt worden sind bzw. ausgeführt werden. Wir müssen deshalb ganz besonders darauf achten, daß die Privatlithographen sämtliche Tarifbestimmungen auch tatsächlich befolgen; denn § 14 Ziffer 5 sagt ausdrücklich, daß Arbeiten nur an solche Privatlithographen vergeben werden dürfen, die den Tarif auch befolgen. Unsere Kontrolle muß sich also auch auf die Einhaltung der Tarifbestimmungen erstrecken. Das wird eine sehr mühevolle Arbeit sein, der wir uns aber im eigenen Interesse unbedingt unterziehen müssen. Und hierbei bedürfen wir auch eine kräftige Unterstützung der Steindruckerkollegen und letztere sollen hiermit dringend darum ersucht werden.

Nun ist die Tatsache festgestellt worden, daß sich die Unternehmer sehr oft weigern, die Privatlithographen zu nennen, die die Arbeiten außerhalb ihrer Betriebe angefertigt haben, weil nach ihrer Ansicht dadurch die Geschäftsgeheimnisse evtl. verletzt werden könnten. Dieser Grund kann im allgemeinen nicht als stichhaltig gelten. Aber auch diese Schwierigkeiten können überwunden werden, wenn die Kollegen mit Unterstützung der Steindrucker sich wirklich ernstlich bemühen, die Namen der Privatlithographen in Erfahrung zu bringen. Es gibt da verschiedene Wege, die zum Ziele führen und die je nach den Verhältnissen begangen werden müssen.

Wenn das Tarifamt aus § 14 Ziffer 11 folgert, daß das den Unternehmern zustehende Recht der Kontrolle der Arbeitsleistungen auch ein solches bezüglich des Beginns und Ende der Arbeitszeit — Einlauf- und Auslaufkontrolle — zusteht, so muß auch aus § 14 Ziffer 5 gefolgert werden, daß die Gehilfen ein Kontrollrecht darüber haben, ob die Firmen auch diese Bestimmung tatsächlich beachten. Wenn sich die Gehilfen bestimmten Kontrollmaßnahmen der Unternehmer zu unterwerfen haben, so haben auch letztere die gleiche Pflicht, wenn es gilt eine Kontrolle darüber auszuüben, ob tarifliche Bestimmungen auch tatsächlich eingehalten werden. Und eine Kontrolle bezüglich § 14 Ziffer 5 liegt im Interesse des Gesamtgewerbes genau so, wie eine solche über Ein- und Auslauf im Interesse der Betriebe.

Wenn die Unternehmer weiterhin bemüht sein sollten, uns eine Kontrolle der Privatlithographen zu erschweren und unmöglich zu machen, so müssen wir zu Gegenmaßnahmen greifen. Wenn die Unternehmer darauf verweisen, daß im Tarif keine Bestimmung enthalten ist, die sie verpflichtet, die Namen der Privatlithographen zu nennen, so kann dem entgegengehalten werden, daß der Tarif auch keine Bestimmung enthält, der die Gehilfen verpflichtet, sich einer Ein- und Auslaufkontrolle zu unterwerfen. § 14 Ziffer 11 spricht nur von einer Kontrolle der Arbeitsleistungen aber nicht von einer solchen bezüglich der Arbeitszeit, die im § 2 ihre Regelung gefunden hat. Eine Arbeitszeitkontrolle könnte, streng genommen, also nur mit dem § 2 in Verbindung gebracht werden, der aber keine

Verpflichtung enthält, daß wir uns einer solchen Kontrolle zu unterwerfen haben.

Die Praxis lehrt uns, daß die Privatlithographen nur zu leicht geneigt sind, sich über tarifliche Bestimmungen hinwegzusetzen, und zwar infolge des Konkurrenzkampfes den sie gegen einander führen.

Da wir seit Juni 1924 nur noch einen tariflichen Mindestlohn für das erste Gehilfenjahr haben und nach diesem die Lohnfestsetzung der freien Vereinbarung unterliegt, hat auch die Privatlithographie bezüglich der Preiskalkulationen mehr Bewegungsfreiheit bekommen, die sich zu unseren Ungunsten in der Lohngestaltung auswirkt.

Wir müssen deshalb unbedingt darauf achten, daß die Privatlithographie die gleichen Löhne zahlt, wie die Fabrikbetriebe und daß sämtliche Tarifbestimmungen auch tatsächlich eingehalten werden.

Was uns in erster Linie nützt ist also, die Privatlithographie einer dauernden strengen Kontrolle zu unterziehen. Wir müssen das tun, nicht etwa um die Privatlithographen zu schikanieren, sondern um im Gewerbe geordnete und gesunde Verhältnisse zu schaffen und die der Privatlithographie innewohnende gewerbeschädigende Tendenz, bzw. deren Auswirkungen auf das geringste Maß zurückzuführen.

Deshalb Kollegen, heraus aus eurer Gleichgültigkeit, wahrt eure wirtschaftlichen Interessen mit allen organisatorischen und tariflichen Mitteln, habt Vertrauen zu euch selbst und der uns innewohnenden Kraft, wenn wir einig sind.

Ortsberichte.

Berlin, Formstecher. Es gibt wohl nicht einen Kollegen am Orte, welcher nicht am Schlusse der Berichterstattung von den letzten Tarifverhandlungen in Hannover den Eindruck mit nach Hause genommen hätte, daß wir an einem Wendepunkt der Geschichte unseres Gewerbes angelangt sind, der für unsere nächste Zukunft von der weittragendsten Bedeutung sein muß.

Diese Situation herbeigeführt zu haben, bleibt das Verdienst des Vorsitzenden des Verbandes der Formstechereibesitzer Deutschlands, welchem das für uns so bedeutungsvolle Wort entschlüpfte: „Die Formstecher sollen glücklich sein, daß wir nicht noch 10 Proz. am bestehenden Lohn abbauen.“

Die Wirkung, welche diese Worte hier auslösten, hätten wir gern diesem Herrn mit anzusehen gewünscht; er wäre sich bestimmt über seine vollständig verfehlte Taktik sofort klar geworden.

Wir haben schon einen wertvollen Beitrag aus seinem Munde, dieser stammt aber aus dem Jahre 1918 und ist auch der damaligen Zeit entsprechend angekränkt. Damals hieß es, daß die Formstecher mit ihren Löhnen an der Spitze marschieren sollen.

Wenn man diese beiden Aussprüche vergleicht, dann merkt man so recht, wohin die Reise geht und wie weit wir schon bereits abgeglitten sind.

Wir können uns die gebührende Achtung nur durch eine eiserne Disziplin, durch Einigkeit und festen Zusammenschluß und nur einen Willen, der allen gemeinsam ist, erkämpfen! Daß dieses geschieht, dafür sorgt der angeführte 10 proz. Lohnabbau, welcher den Formstecherkollegen Deutschlands die Augen öffnet und ihnen den Weitblick geben wird, der es ihnen allein ermöglicht, zu erkennen, daß ihnen an Lohn nur das gewährt wird, was sie sich kraft ihrer Organisation erkämpfen und kraft ihres Zusammenhaltes auch dauernd erhalten können.

Die Formstecher sind wohl infolge ihrer grübelnden Beschäftigung so ziemlich gegen spontane Gemütsaufwallungen gefeit, aber das, was ihnen diesmal zugemutet wurde, ist ein Menetekel, welches ihnen eindringlich ihr Schicksal verkündet: Tue deine Pflicht, sonst sind dir 10 Proz. Lohnabbau sicher.

Hannover. Das seltene Fest der goldenen Hochzeit geht am Sonnabend, den 24. Oktober der Kollege Richard Herrmann. Jahrzehnte dem Verbands treu, sucht der Kollege Herrmann, inzwischen in den Invalidenstand eingetreten, noch heute im Interesse des Verbandes zu wirken. Mit Dank erfüllt, in Erfahrung dieses Beispiels, herzliche Glückwünsche.

Die Zahlstelle Hannover.

Vom Büchertisch.

Engels als Denker. Von Max Adler. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68. Pappband 3,50 Mk., Leinen 4,20 Mk.

Keine langweilige Biographie ist das, sondern der Versuch, die theoretische Leistung von Friedrich Engels in ihrer geschichtlichen Bedeutung darzustellen. Und Max Adler hat die drohende Gefahr vermieden, ein trockenes theoretisches Buch zu schreiben. In leicht faßlicher, lebendiger Darstellung führt er die Gedankengänge und Schriften von Friedrich Engels und damit zugleich in die sozialistische Ideenwelt ein. Dabei würde die Bedeutung von Friedrich Engels und sein selbständiger Anteil an der Entwicklung des Marxismus klar herausgeschält. Es kam dem Verfasser, wie er im Vorwort selbst schreibt, nicht auf eine graphische Darstellung an, sondern - und diese Aufgabe ist vorbildlich gelöst - auf die Herausarbeitung des wesentlichen Grundelements in der historischen Wirksamkeit von Engels, und dies ist seine schöpferische Mitarbeit an der großen Theorie, welche uns die Rätsel und Schicksale der Gesellschaft erschließt, sowie ihr Zukunft eröffnet, an der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus.

Der deutsche Arbeiter in der Wirtschaft. Von Fritz Ebert. Verlag der neuen Gesellschaft. Berlin-Hessenwinkel. Preis 50 Pf.

Die Broschüre will gewissermaßen eine Bilanz der Bestrebungen sein, die wir gemeinsam als Kameraden des Proletariats um die wirtschaftliche Demokratie, um Gleichberechtigung in der Wirtschaft bezwecken. Der Verfasser folgt aus dem Zusammenbruch Deutschlands, daß es nur eines gibt: Entweder man lehnt den Friedensvertrag und die Dawesgesetzte und mit ihnen die Belastung der deutschen Volkswirtschaft mit Milliardenrenten ab oder man anerkennt diese Dokumente und die in diesen enthaltene Lasten. Deutschland hat diese Verpflichtung übernommen. Damit sind wir in die Zwangslage versetzt, sie zu erfüllen. Für Ebert ist die Erfüllungspolitik aber nicht bloße Tributleistung an unsere Kontrahenten, wie sie gemeinhin immer dem Volk von den politischen Gegnern der Sozialdemokratie dargestellt wird. Er sieht den Kern der Erfüllungspolitik in dem Ziel, das Land von der drückenden Schuldenlast und der Besetzung frei zu machen, durch höchste Arbeitsleistungen allen Volksgenossen ein auskömmliches Leben und die Möglichkeit zu geben, sich an den Kulturgütern der Menschheit zu erfreuen. Dem gilt ihm deutsche Politik und deutsche Arbeit. Ebert wirft nun die Frage auf, wie die belastete deutsche Wirtschaft dieses Ziel erreichen kann und welche Aufgabe dem deutschen Arbeiter in diesem Befreiungskampf mit wirtschaftlichen Mitteln zufällt. Mit rücksichtslosem Wahrheitsmut, der restlos erkennen will, was ist, schätzt er mit Hilfe statistischen Materials die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ab. Vielen wird die von ihm vorgenommene Zusammenstellung der Produktionszahlen und der Handlungsergebnisse für die Weiterarbeit sehr willkommen sein. Den Ausweg erkennt er im Einklang mit dem Grundgedanken des Sozialismus, in der technischen Vervollkommnung und der Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Produktion. In diesem Prozeß ist für ihn der deutsche Arbeiter der Teil der Wirtschaft, ohne den die Steigerung der Leistungsfähigkeit sich nicht vollziehen kann.

Die Gesellschaft

hat sich als wissenschaftliche Revue für Sozialismus und Politik hingelagert. Sie regelmäßig zu lesen wird im gleichen Maße für jeden Sozialisten, insbesondere für die Funktionäre der Arbeiterbewegung, zur Notwendigkeit, als sich die sozialistische Tagespresse infolge politischen Stoffandrangs gezwungen sieht, auf Erörterung wissenschaftlich-sozialistischer Fragen mehr und mehr zu verzichten. Das Oktoberheft der „Gesellschaft“ bringt wieder wertvolle Beiträge aus den verschiedensten Gebieten des Sozialismus und der Politik. Besonders sei hier hingewiesen auf eine Abhandlung des verstorbenen russischen Genossen Martow, „Marx und die Sozialdemokratie“, in der seine Schriften kommentiert sind. Aus dem übrigen Inhalt des Heftes seien noch folgende Aufsätze erwähnt: Harold J. Laski: „Die englische Verfassung und die Zukunft der Arbeiterpartei“. Dr. Alfred Meusel: „Der Zerfall des Liberalismus“. M. Bilecki: „Palästina im Rahmen der Orientpolitik“. H. Soffner: „Das politische Gesicht der proletarischen Jugendbewegung“. Karl Vorländer: „Der Nachlaß Ferdinand Lassalles“. Jedes Heft kostet 1,50 Mark. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Volksbuchhandlungen.

Ia Reproduktions-Photograph

zugleich Abteilungsleiter, für Schwarz und Farben in dauernde Stellung gesucht. Conrad Schönhals, Breslau, Reuschestraße 51.

Suche einen tüchtigen Positiv-Retuscheur welcher auch zeichnet. Clichéfabrik Modern, St. Mariästraat 1, Rotterdam.

Mehrere tüchtige Autoätzer in gutbezahlte Dauerstellungen gesucht: Angebote mit Gehaltsansprüchen erbitten an Vereinigte chemigraphische Kunstanstalten K. A. Machleb, Chemnitz, Theaterstraße 12.

Zinkdruckplatten Offsetplatten Zinkätzplatten für Auto und Strich, prima Qualität. Karl Hess G. m. b. H., Berlin SO 34, Fernspr. Mor. 12289.

SCHLAGEISEN für Formstecher sowie AUSSTEMMEISEN von bestem Stand und Schnitthaltigkeit fertigt an Karl Leo, Werkzeugeschmied, Greiz (Thür.), Mittelstraße 14.

Swanboy, Gummitücher sowie alle Bedarfsartikel für Stein- und Offsetdruck, liefert. Bezner & Möll, Düsseldorf, Graf Adolf-Straße 112.

Billige Kaufgelegenheit

Werte Kollegen, ich vergrößere mein Atelier. Durch Hinzunahme weiterer Räume bin ich im Besitz von Sprechmaschinen erster Güte, welche ich, da mir dieselben nichts nützen, billig abgebe. Wer einen billigen Apparat kaufen will, besitze sich, der Vorrat ist nicht groß. Wenn Sie die Apparate in meiner Wohnung besichtigen. Die „Graphische Presse“ gilt als Legitimation. Stiller, Berlin SW 61, Blücherplatz 2 v III.

Keine Tangleur-Qualitätsarbeit ohne die patentierte Vorrichtung zum Halten der Rasterplatte und der zu langierenden Unterlage von Ernst Strangfeld, Niedersiedlitz b. Dresden. Zahlreiche Anerkennungen.

Brauchen Sie

Anregungen zur Anfertigung von Plakaten führen in erstklassiger, künstlerischer Aufmachung, so kaufen sie sich die Mappe

Plakate Original-Entwürfe aus dem Atelier von Hans Neumann. Sie sind dann für alle Fälle gewappnet. Preis inkl. Nachnahme 10,50 R.-M. Zu beziehen durch Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Fachliteratur!

DER PRAKTISCHE UMDRUCKER von Bernhard Enders Preis inkl. Porto und Nachnahme 1,- R.-Mark.

Die Erfindung der Lithographie durch Alois Senefelder von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto und Nachnahme 0,75 R.-Mark

Der lithographische Maschinendruck Preis 1,50 Mk. inkl. Porto. Verlag Conrad Müller, Schkeuditz.

Adressenänderung! Achtung! Rheydt! Auskunftsbeleg für Rheydt und Müllfort, für alle Sparten Emil Otten, Rheydt, Oberheydener Straße 58.

Die Adresse des Steindruckers Willi Saaro aus Leipzig, möchte die Ortsverwaltung Braunschweig erfahren. Zuschriften erbittet C. Martinek, Braunschweig, Hopfgarten 28, I.